de

Press release | 11.12.2012

Rat diskutiert Bericht zur Zukunft der Währungsunion

Bundesregierung hat Fuß auf der Bremse

Ratspräsident Hermann Van Rompuy hat am 5. Dezember eine überarbeitete Version des sog. Van-Rompuy-Papiers veröffentlicht. Es zeigt Wege für eine zukünftige Entwicklung der Eurozone auf und wird auf dem Treffen des Europäischen Rates (13.-14.12.2012) diskutiert. Das Papier sieht eine Vertiefung der europäischen Integration in drei Schritten vor. Als Erstes soll neben dem sog. Twopack bis nächstes Jahr eine Bankenunion, sowie eine verbesserte Koordination von wirtschaftspolitischen Reformen verabschiedet werden. Der zweite Schritt (2013-2014) sieht eine Einrichtung zur europaweiten Abwicklung von Banken, sowie einen Mechanismus zur finanziellen Unterstützung von reformeifrigen Mitgliedsstaaten vor. Die vollendenden Maßnahmen (nach 2014) sollen ein Finanzinstrument zur Abfederung von wirtschaftlichen Schwankungen umfassen. Außerdem schlägt der Bericht eine erweiterte Kooperation bei Steuern und Beschäftigung vor.
Das Europäische Parlament hat bereits im November einen legislativen Initiativbericht als Antwort auf das Van-Rompuy-Papier verabschiedet und darin ein umfassendes Bündel von effektiven Maßnahmen gefordert. Sven Giegold, wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der Grünen im Europaparlament, kommentiert die Diskussion des Van-Rompuy-Papiers: “Die aktuelle Version des Van-Rompuy-Papiers wiederholt die wesentlichen Inhalte seiner vorhergehenden Berichte, setzt jedoch neue Schwerpunkte.
So rückt Van Rompuy jetzt die finanzielle Unterstützung für reformfreudige Mitgliedsstaaten mehr ins Blickfeld. Dies ist ein wichtiger Schritt nach vorn, denn insbesondere Strukturreformen konfrontieren Regierungen und BürgerInnen oft mit Anstrengungen und enormen sozialen sowie finanziellen Kosten. Die vorgeschlagene finanzielle Unterstützung schafft zusätzlichen Spielraum für eine faire Verteilung der Belastungen auf den Schultern der BürgerInnen.
Ebenfalls schenkt das aktuelle Van-Rompuy-Papier einem Budget zur Linderung länderspezifischer wirtschaftlicher Schwankungen mehr Bedeutung. Steigt die Arbeitslosigkeit in einem Mitgliedsstaat aufgrund eines wirtschaftlichen Abschwungs, steigen auch die Staatsausgaben bei gleichzeitig sinkenden Einnahmen. Effektive finanzielle Unterstützung im Abschwung kann diese negative Rückkoppelung von Einnahmeschwäche und Ausgabendruck durchbrechen. Gleichzeitig soll der Mitgliedsstaat verpflichtet werden, in Zeiten des Aufschwungs diese zuvor erhaltene Finanzspritze wieder zurückzuzahlen.
In diesem Punkt geht der Bundesregierung der Vorschlag jedoch zu weit: Aus ihrer Sicht soll es finanzielle Unterstützung nur für Reformbemühungen geben, das Problem der länderspezifischen Schwankungen wird ignoriert. Damit setzt die Bundesregierung ihren bisherigen politischen Kurs in der Eurozonen-Krise fort: Dem notwendigen Reformbedarf der Mitgliedsstaaten schenkt sie volle Aufmerksamkeit. Gleichzeitig hat ein zentrales Problem der Eurozone keinen Platz im Van-Rompuy-Papier gefunden: Die volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Bundesregierung sieht Leistungsbilanzdefizite der Krisenstaaten als Problem, während sie sich weigert, die eigenen Überschüsse auf ein nachhaltiges Niveau

zu bringen und damit einen effektiven Beitrag zu Stabilisierung der Eurozone zu leisten (zu den Eingriffen der Bundesregierung hinter den Kulissen bei den Schwellenwerten zu Leistungsbilandefiziten: http://bit.ly/WYq7D1). Im Van-Rompuy-Bericht taucht dieses Problem nicht auf, was sicherlich kein Zufall ist. Mit dem Fuß der Bundesregierung auf der Bremse bleibt das Van-Rompuy-Papier inhaltlich weiterhin deutlich hinter der Position des Europäischen Parlaments zu diesem Thema (Thyssen-Bericht) zurück. Die ParlamentarierInnen haben sich klar für einen Schuldentilgungsfonds ausgesprochen und damit für zinsgünstige Refinanzierungsmaßnahmen gegen strikte Auflagen zur Haushaltssanierung. Außerdem haben sie verbindliche EU-2020-Ziele gefordert, um durch Maßnahmen wie verstärkte Armutsbekämpfung und Klimaschutz die negativen Folgen der Austeritätspolitik zu begrenzen. Eine weiter schrumpfende Wirtschaftsleistung und Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhen in den südlichen Ländern machen deutlich, dass die Eurozonen-Krise eine effektive und umfassende Lösung braucht. Das Europäische Parlament hat diesbezüglich vorgelegt. Damit die Mitgliedsstaaten eine vergleichbare Antwort geben können, muss die Bundesregierung endlich eine konstruktivere Rolle bei der Diskussion des Van-Rompuy-Papiers einnehmen und darf zentrale Probleme nicht weiter unter den Teppich kehren. Auch Mitgliedsstaaten, die von ihrem Dasein als Steueroasen profitieren dürfen sich nicht weiter wirksamem Vorgehen gegen Steuerhinterziehung und -flucht in den Weg stellen: Effektiver Schuldenabbau gelingt nur durch Stärkung der staatlichen Einnahmenseite“ **Mehr:**

- Das aktuellste Van-Rompuy-Papier
- Das erste Van-Rompuy-Papier (Zwischenbericht)
- Meine Kommentierung der Position des Europäischen Parlaments zum Van-Rompuy-Papier (Zwischenbericht)

Vergleich der Kernpunkte des Van-Rompuy-Papiers (vom 05.12.2012) und der Position des Europäischen Parlaments ("Towards a genuine Economic and Monetary Union" - Thyssen-Bericht)

	/	**Positi Europ Parlar Berich**
Gemeinsame Finanzi erungs-instrumente		Forder Schuld zur zin Finanz Rückza Altschu strikter
Reformbemühungen		Finanz reform Mitglie

Finanzinstrument zur Abfederung länderspezifischer wirtschaftlicher Schwankungen	Stärku um ver antizyk Stabilis erreich
Steuerpolitik	Forder verstär und Ko wirkun Vorgeh Steuer
Rolle der EU 2020-Ziele	Verbin die Fis Wirtsc Mitglie Erreich 2020-Z
Sozialpolitische Maßnahmen gegen Auswirkungen der Krise	Europä zur Bes förderu für Jug eine Eu Beschä
Stärkung von Demokratie und Rechenschaftspflicht	Stärku nationa und de Parlam Stärku Europä Rechnu Europä Antiko

OLAF
bzgl. d
EFSF u
Maßna

Recommended

Press release

©jonathan-marchal



Tilly METZ elected European Parliament Vice-President

12.11.2026

Press release



[Ukrainian children in Russia: Parliament to call for u…]

11.11.2026

Press release

Tim Hurst (CC BY-SA 2.0)



[Methane Regulation: European Parliament capitulates to…]

22.10.2026

Press release

European Council



[Meet Nicolae Ștefănuță at the Summit of Heads of State…]

15.10.2026

Responsible MEPs



Sven Giegold

Member

Contact person



Sven Giegold

Member

Please share

- E-Mail